

Lambrecht, Horst

Article — Digitized Version

## Schwierigkeiten im Interzonenhandel

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Lambrecht, Horst (1967) : Schwierigkeiten im Interzonenhandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 8, pp. 407-414

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133749>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Schwierigkeiten im Interzonenhandel

Horst Lambrecht, Berlin

Der Verlauf, den der innerdeutsche Warenverkehr gegenwärtig nimmt, gleicht weitgehend der Entwicklung im Vorjahr. Dies betrifft in erster Linie die ungleiche Ausdehnung der Lieferungen und Bezüge. Das Jahr 1966, das mit einem Umsatz von 2,96 Mrd. DM<sup>1)</sup> abgeschlossen hatte, brachte bei den westdeutschen Lieferungen eine Steigerung von 34 %, während die Bezüge nur um 7 % ausgedehnt werden konnten. Wie aus den neuesten verfügbaren Daten des Statistischen Bundesamtes<sup>2)</sup> hervorgeht, hat sich diese Tendenz auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt. Der mitteldeutsche Schuldenaldo im innerdeutschen Warenverkehr ist hierdurch von 275 Mill. VE am Jahresende auf bereits über 400 Mill. VE per 31. März 1967 angestiegen. Damit ist der weitere Verlauf in diesem Jahr vorgezeichnet: Entweder das Prinzip des strengen Bilateralismus im Interzonenhandel (IZH) wird weiter gelockert, oder aber eine Ausdehnung der westdeutschen Lieferungen ist bedroht bzw. die Beibehaltung auf dem Vorjahresniveau ist ernstlich gefährdet.

Auch die Tendenzen der Warenstrukturentwicklung von 1966, die vor allem durch ein Vordringen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse — besonders auf der Bezugsseite — gekennzeichnet waren, haben sich im ersten Quartal dieses Jahres noch verstärkt. Obwohl die Bezüge insgesamt in diesem Zeitraum um fast 10 Mill. VE zurückgingen, haben die Käufe von mitteldeutschen Agrarerzeugnissen gleichzeitig um 25 Mill. VE zugenommen, so daß ihr Anteil an den Gesamtbezügen bereits auf über 40 % angestiegen ist.

Sicherlich haben zu dem Rückfall in nahezu agrarstaatliche Tauschverhältnisse mehrere Faktoren beigetragen. Der wichtigste dürfte jedoch in der Grundproblematik des IZH überhaupt liegen: daß einem immensen Einfuhrbedarf der mitteldeutschen Wirtschaft nur sehr begrenzte Möglichkeiten der Bezahlung auf den westlichen Märkten gegenüberstehen. Denn bei den Investitionsgütern ist Mitteldeutschland auf Grund des starken Eigenbedarfs und hoher Exportverpflichtungen gegenüber dem Ostblock in seiner Lieferfähigkeit stark eingegrenzt, und bei industriellen Verbrauchsgütern bestehen gegenwärtig sowohl auf der westlichen als auch auf der östlichen Seite bestimmte Hemmnisse, die einer Ausweitung im Wege

stehen. Im Westen sind es hauptsächlich solche administrativer Art, die den Bezug mitteldeutscher Güter einengen, auf der Angebotsseite hindern oft mangelnde Qualität sowie unzureichende Wartung und Reparatur bei technischen Erzeugnissen den Absatz. Beides zusammen bewirkte, daß der Anteil dieser Güter an den Gesamtbezügen in den letzten Jahren nur bei rund einem Viertel lag.

Zu den sich aus diesen Faktoren ergebenden Handicaps der mitteldeutschen Wirtschaft, ihre „Handels“-Bilanz mit der Bundesrepublik auszugleichen, sind in letzter Zeit zwei Erschwernisse hinzugekommen: Das ist einmal die sich aus dem Strukturwandel des westdeutschen Energiemarktes ergebende Konsequenz des permanenten Rückganges der Bezüge von Braunkohlenbriketts, zum anderen — zunächst — der Rückgang und seit Anfang 1967 schließlich Fortfall der Bezüge von mitteldeutschem Benzin und Dieselkraftstoff. Beides sucht man offensichtlich hauptsächlich mit agrarischen Erzeugnissen auszugleichen.

Da jedoch im IZH nach wie vor eine separate Abrechnung bestimmter Warengruppen über verschiedene Konten<sup>3)</sup> erfolgt, ergibt sich aus der veränderten Warenstruktur der Bezüge zugleich das besondere Problem der ungleichgewichtigen Entwicklung der Warenkonten. Sie liegt in der ständig sinkenden Bedeutung des Kontos I begründet. Da die Bezüge der Waren, die über dieses Konto abgerechnet werden, stärker zurückgingen als die Lieferungen, fiel es der Ostseite zusehends schwerer, mit „harten“ Waren zu zahlen, so daß bereits 1966 beträchtliche Kontentransfers vorgenommen werden mußten. Für 1967 ist aus verschiedenen Gründen eine erneute Verschärfung zu erwarten.

Obwohl das Jahr 1966 mit einer Erhöhung des Austauschvolumens im IZH um 500 Mill. VE und einer Umsatzsteigerung von 20 % die bisher günstigsten Ergebnisse überhaupt brachte und obwohl seit 1963 eine Steigerung der gegenseitigen Warenlieferungen um fast 60 % eingetreten ist, war die Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten des innerdeutschen Warenverkehrs für 1967 um die Jahreswende dennoch sehr gedämpft, und angesichts der genannten Probleme er-

1) Die Abrechnung des IZH erfolgt in sogenannten Verrechnungseinheiten (VE), die der DM-West entsprechen.

2) Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost, Fachserie F Reihe 6.

3) Konto I („harte“ Waren) erfaßt bei den westdeutschen Bezügen Bergbau-, Mineralöl- und Maschinenbauerzeugnisse, bei den Lieferungen vor allem Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie und des Maschinenbaus. Alle hier nicht abgerechneten Waren, für die im Gegensatz zum Konto I keine Abkommenswerte festgelegt werden, laufen über das Konto II („weiche Waren“).

schien eine weitere Ausdehnung des Umsatzvolumens zumindest sehr fraglich. Der Ruf nach neuen Impulsen für den IZH wurde laut.

### POLITISCHE EINFLUSSE VERMINDERN AUSTAUSCH

Die nominelle Umsatzentwicklung verlief seit 1960 in zwei klar voneinander abzugrenzenden Phasen. Einem deutlichen — außerökonomisch verursachten — Rückgang folgte 1963 — zunächst noch zögernd und danach stärker — eine Zeit schneller und stetiger Ausdehnung des innerdeutschen Warenaustausches. Vorausgegangen war diesem Zeitraum eine lebhafte Ausdehnung der IZH-Tätigkeit, die sich in einer Erhöhung der gegenseitigen Lieferungen von 1,15 Mrd. VE auf 2,10 Mrd. VE von 1955 bis 1960 ausdrückt. Unterbrochen wurde diese Entwicklung dann durch nicht wirtschaftlich bedingte Ursachen: die Kündigung des Berliner Vertrages<sup>4)</sup> durch die Bundesregierung Ende September 1960, das von der Ostseite propagierte Bestreben nach Unabhängigkeit von westdeutschen Lieferungen („Störfreimachung“) und schließlich durch die Ereignisse des 13. August 1961 in Berlin, so daß die Umsätze im IZH bis 1962 auf 85 % des vormaligen Höchststandes fielen.

An diesem Beispiel wird der Einfluß der politischen Verhältnisse auf die Entwicklung des IZH besonders deutlich, der in der Vergangenheit stets vorhanden war. Während auf der Ostseite die Furcht vor allzu großer wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Bundesrepublik und damit der möglichen Gefahr der Preisgabe allgemeinpolitischer Ziele den Verantwortlichen ein zu starkes Engagement verbietet, bestimmten in Westdeutschland neben der besonderen Rücksichtnahme auf die Situation Berlins zwei unterschiedliche — und in ihrer Auswirkung sogar konträre — Überlegungen das Verhalten zur DDR: einmal die Erkenntnis, sich dem Vorwurf ausgesetzt zu sehen, mit ökonomischen Mitteln ein politisch nicht genehmes System zu unterstützen; zum anderen der Wunsch, durch wirtschaftliche Mittel das glaubwürdige Interesse der Bundesregierung an den Zuständen in der DDR und damit am Schicksal der dortigen Menschen zu dokumentieren. Das teilweise schizophrene Verhalten in der Vergangenheit erklärt sich aus diesem Widerspruch. Erst in der neueren Zeit überwiegt eindeutig der Wunsch, eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Auch die sicher richtige Erkenntnis, daß der IZH nicht das rechte Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ist, scheint inzwischen allgemeine Anerkennung gefunden zu haben.

Die Einbettung des IZH in die jeweilige allgemeine politische Interessenlage auf beiden Seiten entzieht ihn damit aber weitgehend dem Einfluß wirtschaftlicher Faktoren. So muß eine Analyse des innerdeut-

schen Warenverkehrs zwar stets an den ökonomischen Gegebenheiten orientiert sein, darf andererseits jedoch nicht die Grenzen der ökonomischen Determination außer acht lassen.

Die außerökonomisch bedingte Verringerung der IZH-Tätigkeit nach 1960 hatte zur Folge, daß die ohnehin nur noch schwachen wirtschaftlichen Bande zwischen beiden Wirtschaftsgebieten weiter gelockert wurden; denn der innerdeutsche Warenverkehr konnte in dieser Zeit nicht mit der allgemeinen Entwicklung des Außenhandels Schritt halten. Dies bewirkte einmal, daß der IZH im Rahmen des gesamten mitteldeutschen „West“-Handels (IZH und westliche Industrieländer zusammen) an Bedeutung verloren hat. Es bewirkte außerdem, daß die Intensität der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Gebieten nachließ; während der IZH in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit etwas über 11 % am mitteldeutschen Außenhandelsumsatz beteiligt war, ging dieser Anteil bis zum Jahre 1962 auf 8,3 % zurück. Erst danach stieg er wieder. Gegenwärtig liegt er bei 10,3 % und damit wesentlich höher als auf der westdeutschen Seite, wo die IZH-Umsätze 1966 nur 1,7 % aller Ein- und Ausfuhren der Bundesrepublik ausmachten. Allein aus diesen beiden Ziffern erklärt sich die unterschiedliche Wichtigkeit des unter einem Sonderstatus stehenden innerdeutschen Güterausstausches für beide Volkswirtschaften. Sie weisen zugleich auf die ökonomischen Grenzen einer Erweiterung dieses Handels hin, da sie den Blickpunkt auf die ökonomische Leistungsfähigkeit des kleineren und schwächeren Partners lenken. Eine Analyse der wirtschaftlichen Voraussetzungen, die Grenzen und Möglichkeiten des IZH mitbestimmen, muß daher stets eine Beurteilung der Entwicklungschancen dieses Wirtschaftspotentials beinhalten, ebenso wie sie Auskunft über die außenhandelspolitische Zielsetzung geben muß.

Denn zu einem nicht geringen Teil war der nach dem 2. Weltkrieg zu beobachtende Desintegrationsprozeß der deutschen Volkswirtschaft und die Eingliederung in den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Machtbereich das Ergebnis außenhandelspolitischer Zielsetzung. Dieser Prozeß ließ den IZH — unter Berücksichtigung der Preisentwicklung — auf weniger als ein Zehntel gegenüber dem Vorkriegsstand absinken. Der tatsächliche Prozeß des „sich Auseinanderentwickelns“ ist in dieser Angabe jedoch unzureichend wiedergegeben, da die Entwicklung der Einkommen unberücksichtigt bleibt. Vor dem Kriege hatte die mitteldeutsche Wirtschaft noch 43 % ihrer Produktion in andere deutsche Gebiete geliefert und von dort 45 % ihres Bedarfs bezogen. Für Westdeutschland lagen beide Ziffern bei 18 %.

Die besonders für die mitteldeutsche Wirtschaft zutreffende einseitige (Ostblock-)Orientierung — vornehmlich nach der UdSSR, mit der 1966 41,5 % des auswärtigen Güterausstausches abgewickelt wurden —

<sup>4)</sup> Rechtliche Grundlage des IZH, in dem alle Detail- und Verfahrensfragen geregelt sind. Der 1951 mit der „Währungsgebietsklausel“ abgeschlossene Vertrag gilt gegenwärtig in der Neufassung vom Jahre 1960.

bestimmte nach dem 2. Weltkrieg das Bild des mittel-deutschen Außenhandels, das sich in stark abgerundeten Ziffern heute folgendermaßen darstellt: 75 % des Umsatzes entfallen auf die sozialistischen Länder, 20 % auf den „West“-Handel, davon die Hälfte auf den IZH, und der Rest von 5 % kommt den Entwicklungsländern zu. Obwohl der Anteil des Ostblocks nicht unbeträchtlichen Schwankungen unterlag, die seit 1955 bis zu 7 % ausmachten, ist die Dominanz des Intra-blockhandels doch als das hervorstechende Merkmal des mitteldeutschen Außenhandels zu nennen, von dem man auch in Zukunft wird ausgehen müssen. Wie aus den wenigen Angaben im Perspektivplan zu schließen ist, wird sich bis 1970 die in den letzten Jahren erkennbare verstärkte Westhandelsorientierung — der Anteil des Ostblocks am mitteldeutschen Außenhandel sank seit 1962 permanent von 79 auf 73 % —, die sich vor allem aus dem Zwang von verstärkten Investitionsgüterimporten ergab, nicht im gleichen Maße fortsetzen, so daß kaum noch mit einer weiteren Verminderung des Intra-blockhandelsanteils zu rechnen ist.

#### INADÄQUATE WARENSTRUKTUR

Ein Blick in die Warenstruktur des innerdeutschen Güteraustausches offenbart vor allem drei hervorstechende Merkmale:

- Die Warenstruktur des IZH entspricht in keiner Weise dem Entwicklungsstand und dem Gütersortiment des sonstigen Außenhandels beider Volkswirtschaften. Sie ist in höchstem Maße antiquiert, und ihre Beibehaltung beeinträchtigt die Expansionsmöglichkeiten erheblich.
- Sowohl bei den Lieferungen als auch bei den Bezügen gibt es einige dominierende Warengruppen. Die Konzentration auf die wenigen Erzeugnisse ist bei den westdeutschen Lieferungen noch ausgeprägter als bei den Bezügen aus Mitteldeutschland.
- Bei den westdeutschen Bezügen hat sich im Laufe der letzten Jahre ein bemerkenswerter Strukturwandel vollzogen.

Das westdeutsche Lieferprogramm wird vor allem von den vier Bereichen Landwirtschaft, Eisen und Stahl, Maschinen und Chemie bestimmt. Diese vier Positionen erreichten seit 1960 stets einen Anteil zwischen 70 und 80 % der Gesamtlieferungen. Sie haben sich langfristig insgesamt kaum verändert, obwohl im einzelnen im Laufe der Zeit beträchtliche Schwankungen der Anteilswerte auftraten.

#### Eisen und Stahllieferungen

Hiernach kommt den Eisen- und Stahllieferungen, die seit 1966 für 343 Mill. VE nach Mitteldeutschland verkauft wurden, die wohl ökonomisch größte Bedeutung zu. Obwohl die gegenwärtige Höhe dieser Lieferungen

in ihrer Summe die bisher höchsten Verkäufe in den Jahren 1959, 1961 und 1962 noch leicht übertraf, ist dennoch nicht zu übersehen, daß diese Lieferungen an Wichtigkeit seitdem verloren haben. Dies drückt sich sowohl in den Anteilen an den Gesamtlieferungen des IZH (Rückgang auf nur 21 % gegenüber einer erheblich höheren Beteiligung in der Vergangenheit) als auch in der rückläufigen Quote des innerdeutschen Warenverkehrs bei den mitteldeutschen Importen und dem dortigen Aufkommen an Eisen und Stahl aus. So hat zum Beispiel bei der größten Einzelposition dieser Gruppe, den Walzblechen (1966 77,1 Mill. VE) im Jahre 1962 die Interzonenhandelsquote der mitteldeutschen Importe noch 15,8 % betragen; 1965 betrug sie mit 7,1 % weniger als die Hälfte, so daß also den schnellen Importerhöhungen insgesamt keine entsprechend vermehrten mitteldeutschen Bezüge aus der Bundesrepublik gefolgt sind. Ähnlich gestaltete sich bei diesem Produkt der Anteil der IZH-Bezüge der DDR am Aufkommen: er ging von 7,3 auf 3,8 % zurück. Diese Tendenz zeigt sich auch bei nahtlosen und geschweißten Stahlrohren sowie bei Kaltband und Walzdraht.<sup>5)</sup> Sie bestätigt das schon vor Jahren gefällte Urteil auch für die letzte Zeit vollauf: daß die westdeutschen Eisen- und Stahllieferungen für die mitteldeutsche Wirtschaft ständig an Bedeutung verlieren.

#### Maschinenbau

Der innerdeutsche Güteraustausch von Maschinenbauerzeugnissen nimmt sich heute — gemessen am Bedarf und Produktionsniveau — relativ bescheiden aus, obwohl diese Gruppe 1966 mit 14 % aller Lieferungen und 5 % der Gesamtbezüge im beiderseitigen Austauschprogramm nicht unbedeutend ist. Auf diesem Gebiet fällt der Bundesrepublik eindeutig die Rolle eines Nettoexporteurs zu: den Ausfuhren nach Mitteldeutschland in Höhe von 223 Mill. VE standen 1966 nur 71 Mill. VE Einfuhren von dort gegenüber. Der westdeutsche Liefersaldo bei Maschinen hat damit gegenüber den Vorjahren (1965 betrug er nur 75 Mill. VE) stark zugenommen. Dies ist vor allem auf die bedeutende Steigerung der Lieferungen zurückzuführen. Die nach 1960 deutlich spürbare Zurückhaltung der Ostseite (Aktion „Störfreimachung“) bei den Erzeugnissen dieses Sektors — die Verkäufe der Bundesrepublik sanken von 139 Mill. VE im Jahre 1960 auf 64 Mill. VE 1962 — hatte zur Folge, daß sowohl die Quote der Maschinen an den Gesamtlieferungen als auch der Saldo des innerdeutschen Austausches bei diesen Produkten zurückging. Erst durch die neuerlich starke Ausdehnung der westdeutschen Lieferungen in den Jahren 1964 und 1966 konnten diese „Verluste“ wieder ausgeglichen werden. Trotzdem ist auch das heutige Niveau noch unbefriedigend, wenn man das Produktionspotential und die Ausfuhr der Bundesrepublik einerseits und den Bedarf in der DDR an-

<sup>5)</sup> Die genannten Erzeugnisse stellen rund 70 % der westdeutschen Eisen- und Stahllieferungen.

dererseits zugrunde legt. So haben die westdeutschen Maschinenlieferungen nach Mitteldeutschland im Jahre 1965 zum Beispiel nicht einmal ein Prozent der Gesamtausfuhren der Bundesrepublik (15,29 Mrd. DM einschl. IZH) ausgemacht, obwohl in der DDR ein großer Bedarf für diese Güter besteht.

Einer weiteren Ausdehnung der westdeutschen Maschinenlieferungen im Rahmen des IZH standen bisher die ungelöste Finanzierungsfrage vor allem langfristiger Anlagengeschäfte und die Unsicherheiten, die sich aus der Widerrufs Klausel für die Ostseite ergaben, im Wege.

Die seit 1960 — außerhalb der vertraglichen Abmachungen — existierende Regelung bedeutet, daß die Bundesregierung jederzeit bereits erteilte Liefergenehmigungen für die Waren des Kontos I widerrufen darf. Sie belastet insbesondere die Geschäfte mit Industrieanlagen, da gerade hier die langfristigen Dispositionsmöglichkeiten beeinträchtigt werden.

Die Existenz dieser Klausel wird von der Ostseite als unerträgliche Belastung empfunden, die man durch ein Ausweichen auf andere westliche Industrieländer zu umgehen versucht. Dies gelingt in dem Maße immer mehr, in dem Mitteldeutschland eine Festigung seiner Position auf westlichen Märkten gelingt. Erweiterte Möglichkeiten des Ausweichkönnens gibt es in neuester Zeit durch Ereignisse wie zum Beispiel den Verkauf der mitteldeutschen Mineralölzeugnisse in westliche Länder (anstatt in die Bundesrepublik), da hierdurch neue Finanzierungsmittel für zusätzliche Importe von dort zur Verfügung stehen. Ein Verzicht auf die Widerrufs klausel in einzelnen Fällen („pragmatische Handhabung“), wie er derzeit von der Bundesregierung praktiziert wird, dürfte noch keineswegs ausreichen, die von der Ostseite gezeigte Zurückhaltung bei möglichen Geschäftsabschlüssen aufzugeben; ein grundsätzlicher Verzicht scheint daher unter diesem Gesichtspunkt geboten.

Günstigere Voraussetzungen als bisher für das Industrieanlagengeschäft sind durch neuerliche Schritte der Bundesregierung zur Ausweitung der Bundesbürgschaften und die Gründung der „Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH“ (Gefi) geschaffen worden. Die Erweiterung der Bundesgarantien — über das sich aus der Anwendung der Widerrufs klausel ergebende Risiko hinaus, das bisher lediglich abgesichert war — auf das allgemeine politische Wagnis betrifft sowohl das Liefer- als auch das Zahlungsrisiko. Die Absicherung erfolgt über die Deutsche Revisions- und Treuhand AG, da für den IZH, der nach rechtlichen und formalen Gesichtspunkten kein Außenhandel ist, die sonst üblichen Hermes-Garantien nicht gegeben werden können. Die Bundesbürgschaften gelten für Kaufverträge mit Zahlungszielen bis zu fünf Jahren; sie gleichen die bisher gegebenen Wettbewerbsnachteile der westdeutschen Wirtschaft gegenüber den ausländischen Konkurrenten weitgehend aus. Bestehen bleiben jedoch die Nachteile der westdeut-

schen Wettbewerber, die sich aus Ausfuhrvergütungen für ausländische Unternehmer ergeben. Die Gefi, die eine Gemeinschaftsgründung von 54 Kreditinstitutionen ist, verfügt insgesamt über 300 Mill. DM (zwei Refinanzierungsplafonds von je 150 Mill. DM) zur mittelfristigen Finanzierung von Industrieanlagen. Eine Erhöhung der Finanzierungsmittel im Bedarfsfalle ist leicht praktikabel und könnte daneben vorübergehende Ungleichgewichte von Lieferungen und Bezügen im IZH überbrücken. Auf alle Fälle kann sie in der gegenwärtigen Situation, wenn es zu den gewünschten Anlagengeschäften kommt, als Polster für drohende Rückgänge der westdeutschen Lieferungen dienen, was im Hinblick auf die jetzige Konjunkturlage in Rechnung gestellt werden sollte.

Inwieweit die mitteldeutsche Wirtschaft heute von westdeutschen Maschinenlieferungen „abhängig“ ist, ist mangels statistischer Angaben der Ostseite schwer zu beurteilen. Sicher ist nur, daß der IZH auf diesem Sektor in den Jahren nach 1960 viel an Attraktivität für die DDR verloren hat, weil sie hier mit den anderen westlichen Industrieländern ein verstärktes Engagement eingehen konnte. So ist, ebenso wie bei den Eisen- und Stahlerzeugnissen, auch im Maschinen- und Anlagengeschäft ein Terrainverlust der westdeutschen Wirtschaft unverkennbar.

Obwohl das Sortiment des Austausches von Maschinen im IZH sehr gestreut ist, schälen sich dennoch einige Schwerpunkte heraus. Bei den westdeutschen Lieferungen in Höhe von 223 Mill. VE im Jahre 1966 dominierten die Metallbearbeitungsmaschinen (mit 38 Mill. VE), Maschinen und Ausrüstungen für die chemische Industrie (37 Mill. VE) — mit Schwerpunkt Anlagen für die anorganische Chemie und zur Mineralölaufbereitung —, Textilmaschinen (23 Mill. VE) sowie Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie und verwandte Gebiete (19 Mill. VE). Daneben spielten Papier- und Druckereimaschinen, Maschinen für Bergbau, Baustoff-, Keramik- und Gasindustrie, Baumaschinen, Verdichter und Druckluftbremsen sowie Industrieöfen eine größere Rolle. Die genannten Erzeugnisse machten fast drei Viertel der westdeutschen Maschinenlieferungen aus. Die trotzdem beträchtliche Erhöhung der Lieferungen nach Mitteldeutschland im Jahre 1966 um 77 Mill. VE betraf hauptsächlich Maschinen der chemischen Industrie und der Nahrungsmittelindustrie sowie Textil- und Metallbearbeitungsmaschinen. Auf seiten der Bezüge aus Mitteldeutschland (1966 71 Mill. VE) dominierten eindeutig drei Gruppen: Metallbearbeitungsmaschinen (25 Mill. VE), Büromaschinen (14 Mill. VE) sowie Papier- und Druckereimaschinen (7 Mill. VE).

#### Landwirtschaft und Chemie

Immer mehr in den Vordergrund gerückt sind in letzter Zeit die gegenseitigen Lieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Gütern der Ernährungswirtschaft. Dies gilt für die Bezüge aus der DDR

noch stärker als für die Lieferungen der Bundesrepublik. Immerhin lag die Quote auch bei den Lieferungen seit 1962 stets zwischen 20 und 22 %. Bei den Bezügen stieg sie im letzten Jahr sogar auf 28 %, womit diese Güter seit dem Rückgang der mitteldeutschen Braunkohlenbrikett- und Mineralöllieferungen zur stärksten Gruppe wurden. Seit 1962 haben die Bezüge an mitteldeutschen Agrarerzeugnissen mehr als doppelt so schnell zugenommen wie die Gesamtbezüge (von 118 auf 376 Mill. VE). Mit dieser hohen Beteiligung entspricht der Austausch landwirtschaftlicher Produkte gegenwärtig in keiner Weise der Warenstruktur des Außenhandels beider Seiten: Der Anteil von Gütern der Ernährungswirtschaft bei den Exporten der Bundesrepublik liegt gegenwärtig nur bei 3 %, und beim mitteldeutschen Außenhandel ist eine ähnliche Quote anzunehmen. Indessen lassen die beträchtlichen Erhöhungen der Ausschreibungen für den Bezug mitteldeutschen Getreides auf — zuletzt — 160 Mill. VE im Jahre 1967 (gegenüber 100 Mill. VE im Vorjahr) erkennen, daß an eine weitere Ausdehnung dieses Sektors gedacht ist.

Die Bilanz des innerdeutschen Warenaustausches bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist seit 1960 (mit beiderseitigen Lieferungen von rd. 1,4 Mrd. DM) insgesamt ausgeglichen. In den letzten beiden Jahren erzielte die DDR allerdings jeweils einen positiven Lieferungssaldo.

Bei den westdeutschen IZH-Bezügen kommt dem Getreide der erste Platz zu. Es stellt heute bereits rund 40 % sämtlicher Agrareinfuhren aus Mitteldeutschland. Der Wert betrug 1966 bereits 150 Mill. VE<sup>9)</sup> (gegenüber noch 62 Mill. VE 1964 und 95 Mill. VE 1965).

Der Bedeutung nach an zweiter Stelle folgt Schweinefleisch, das 1966 für 90 Mill. VE nach Berlin und dem übrigen Bundesgebiet verkauft wurde (26 000 t) und das ab 1964 wieder verstärkt im innerdeutschen Warenaustausch gehandelt wurde. An dritter Stelle in dem eng eingegrenzten mitteldeutschen Warenangebot an Gütern der Ernährungswirtschaft folgt Verbrauchersucker, den die Bundesrepublik 1966 für 27 Mill. VE (45 000 t) in Mitteldeutschland einkaufte.

Wie bedeutungsvoll die IZH-Lieferungen Mitteldeutschlands für die dortige Wirtschaft sind, geht aus entsprechenden Vergleichszahlen der Außenhandelsstatistik hervor: Im Jahre 1965 betrug der Anteil der IZH-Lieferungen rd. 35 % der mitteldeutschen Zuckereporte. Diese Quote ist allerdings — wegen der in den letzten Jahren stark rückläufigen Gesamtausfuhren — extrem hoch. Seit 1961 lag sie stets zwischen 10 bis 15 %.

Die mitteldeutschen Interzonenhandelsverkäufe bei Getreide und Fleisch sind insofern bemerkenswert, als die DDR bei diesen Produkten selbst große Importe tätigt. Immerhin beanspruchten die 1965 im IZH ge-

<sup>9)</sup> 212 000 t Weizen, 89 000 t Roggen und 46 000 t Gerste.

lieferten 178 000 t Weizen rd. 15 % der gesamten Weizeneinfuhren Mitteldeutschlands. Bei Fleisch ist die Beanspruchung der Eigenimporte für IZH-Lieferungen noch höher: Den in der mitteldeutschen Statistik für 1965 ausgewiesenen Fleisch- und Fleischwarenimporten in Höhe von 77 000 t stehen 26 000 t Abgaben an die Bundesrepublik gegenüber.

Bei den westdeutschen Lieferungen von Agrarerzeugnissen handelt es sich um ein weiter gestreutes Warensortiment. Die wichtigsten Positionen sind: Rohtabak (1966: 22 Mill. VE), Vieh, Fleisch und Fleischerzeugnisse (37 Mill. VE), Häute und Felle (22 Mill. VE), Fisch und Fischerzeugnisse (13 Mill. VE), Rohe Öle (70 Mill. VE) sowie Ölkuchen und Schrote (143 Mill. VE). Letztere treten seit 1964 im IZH verstärkt auf, 1966 machten sie bereits 40 % aller Agrarlieferungen in die DDR aus. Die stark vermehrten Agrarausfuhren im Vorjahr (Zunahme 120 Mill. VE) sind zu zwei Dritteln diesen Produkten zuzuschreiben.

Der innerdeutsche Warenverkehr bei chemischen Erzeugnissen ist durch einen permanenten Lieferüberschuß der Bundesrepublik (1966 wurden für 84 Mill. VE aus dem Osten bezogen und für 334 Mill. VE nach dort geliefert) gekennzeichnet. Hierbei spielen die Düngemittellieferungen eine wichtige Rolle. Sie traten 1964 mit 94 Mill. VE erstmalig stärker in Erscheinung und machten 1966 mit 129 Mill. VE bereits 40 % aller chemischen Erzeugnisse aus.

#### ADMINISTRATIV ENGE GRENZEN FÜR BEZÜGE AUS DER DDR

Auf der Bezugsseite spielen Textilien als absolut größte Warengruppe innerhalb der industriellen Fertigerzeugnisse eine bedeutende Rolle. Auf sie entfielen 1966 mit einem Wert von 245 Mill. VE fast ein Fünftel der Gesamtbezüge aus Mitteldeutschland. Obwohl sie in den letzten Jahren bereits überproportional zunahm, sind hier offensichtlich noch nicht alle westdeutschen Bezugsmöglichkeiten ausgeschöpft, da für diese Erzeugnisse die beim Konto II existierende sogenannte autonome Wertbegrenzung von relativ großem Gewicht ist. Von den im Jahre 1966 erteilten Bezugsgenehmigungen wurden für 34 Mill. VE wertbegrenzte Genehmigungen erteilt. Diese Erzeugnisgruppe steht ihrem absoluten Wert nach an der Spitze der kontingentierten Güter der gewerblichen Wirtschaft beim Konto II und wird lediglich von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen (wertbegrenzte Bezugsgenehmigungen 1966: 176 Mill. VE) übertroffen.

Beeinträchtigt von der autonomen Wertbegrenzung sind ferner die Sektoren Glas und Keramik, Steine und Erden, Zellstoff-, Druck- und Papier- sowie Eisen-, Blech- und Metallwaren, für die 1966 wertbegrenzte Bezugsgenehmigungen von insgesamt 44 Mill. DM erteilt wurden. Obwohl bei diesen Erzeugnissen die

gegenwärtigen Bezüge noch relativ gering sind — alle genannten Gruppen wurden 1966 für rund 100 Mill. VE bezogen —, könnte eine freie Bezugsmöglichkeit bzw. eine viel großzügigere Handhabung der Kontingente gewisse zusätzliche Ausgleichsmöglichkeiten der defizitären IZH-Bilanz Mitteldeutschlands schaffen. Dieses Zugeständnis müßte für die westliche Seite um so leichter sein, als IZH-Bezüge — allein wegen der Größenverhältnisse des IZH zu den sonstigen Einfuhren der Bundesrepublik — keine Gefährdung der Eigenproduktion darstellen. Der Anteil der Bezüge aus der DDR an den Gesamtimporten war 1965 bei den hier interessierenden Gütergruppen zumeist verschwindend klein.<sup>7)</sup> Für die Gesamtversorgung des inländischen Marktes (also unter Berücksichtigung der Eigenproduktion) dürften die IZH-Bezüge bei den einzelnen Positionen kaum ein merkliches Gewicht erreichen.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß der Anteil der nicht frei zu beziehenden und zu liefernden Güter im IZH heute nach wie vor sehr groß ist und daß sich der innerdeutsche Warenverkehr generell in administrativ sehr eng gezogenen Grenzen abspielt. Die Reglementierung geschieht vorwiegend durch Festlegung von Abkommenswerten, durch nach Gütergruppen und Konten spezifizierte Warenlisten, durch wertbegrenzte Ausschreibungen, Preiskontrollen, durch behördliche Genehmigung der einzelnen Geschäftsabschlüsse und die „autonome Wertbegrenzung“. Die Notwendigkeit der Reglementierung wird in der Bundesrepublik durch die Ausgangskonstellation beider Wirtschaftssysteme und damit auch der verschiedenartigen Handhabung der Außenwirtschaftsbeziehungen begründet.

Einen Einblick sowohl in die Entwicklung der einzelnen Warenkonten als auch in die Aufteilung der frei zu beziehenden und zu liefernden bzw. der kontingentierte Güter gewährt der von der Bundesregierung publizierte Jahresbericht über den IZH. Hieraus geht hervor, daß entgegen allen anderen Behauptungen der Anteil der Güter, die im IZH nicht frei zu beziehen bzw. zu liefern sind, auch heute noch recht hoch ist. So betrug zum Beispiel im Jahre 1966 die Quote der — durch wertbegrenzte Ausschreibungen des Kontos II („autonome Wertbegrenzung“) und durch Abkommenswerte kontingentierter Güter (gesamtes Konto I) — nicht freien Bezüge noch 50 %. Sie ist zwar seit 1962, als sie noch 75 % ausmachte, permanent zurückgegangen; dies ist jedoch überwiegend mit der schwindenden Bedeutung des Kontos I zu erklären (von 61 % 1962 auf 31 % 1966).

Der Anteil der wertbegrenzten Ausschreibungen am gesamten Konto II betrug 1966 auch immerhin noch 27 %. Zwar ist er seit 1962 (35 %) zurückgegangen,

<sup>7)</sup> Er betrug bei Steine und Erden 2,4 %, Glas- und Glaswaren 3,1 %, feinkeramischen Erzeugnissen 5,2 %, EBH-Waren 2,0 %, Textilien und Bekleidung 3,5 % (bei Bekleidung allein 7,2 %).

jedoch bedeutet die geringere Quote keinen Beweis für die sinkende Bedeutung dieser einfuhrbeschränkenden Maßnahmen, sondern geradezu ihr Gegenteil.

### BEZUGSPOLITIK DISKRIMINIERT GEWERBLICHE WIRTSCHAFT

Hierbei ist eine deutliche Unterscheidung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Güter der gewerblichen Wirtschaft zu treffen: Während bei der erstgenannten Gruppe die durch wertbegrenzte Ausschreibungen realisierten Bezüge genauso schnell steigen wie die durch wertoffene Ausschreibungen getätigten, ist bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft ein deutliches Zurückbleiben der wertbegrenzten Ausschreibungen zu erkennen. Dies drückt sich darin aus, daß im Vergleich der Jahre 1962 und 1966 die Bezüge wertoffener Ausschreibungen sich auf das Zweieinhalbfache steigerten, während zur gleichen Zeit die wertbegrenzt ausgeschriebenen Bezüge konstant blieben. Die einseitige günstige Handhabung bei der Kontingentierung der Bezüge des Kontos II, die in einer liberalen Haltung gegenüber den landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestand, ist besonders bedauerlich im Hinblick auf die Warenstruktur der Bezugsseite. Sie bedeutet, daß in der „Einfuhrpolitik“ des IZH eine ungerechtfertigte Härte bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft eine Benachteiligung der industriellen Verbrauchsgüter zur Folge hatte, womit sinnvolle Möglichkeiten, das Austauschvolumen zu steigern, ausgeschlagen wurden. Wie groß diese Versäumnisse quantitativ waren, vermag niemand zu sagen, da man nicht voraussehen kann, wie hoch die Bezüge jener 80 Mill. VE kontingentierten industriellen Verbrauchsgüter bei einer Liberalisierung gewesen wären. Daß eine Kontingentaufhebung bzw. -lockerung aber wirksam sein kann, ist erwiesen. Eine angemessene Steigerung der Verbrauchsgüter im Interesse einer Expansion des IZH ist auf lange Sicht wünschenswert. Zwar ist von 1962 bis 1966 der Anteil dieser Erzeugnisse an den Gesamtbezügen von 18 auf 27 % gestiegen; jedoch ist auch diese Beteiligung noch unzureichend, wenn die hier angesprochenen Güter eine wichtige Stütze bei den Bezügen aus der DDR bilden sollen. Hierzu gehört allerdings auch, daß Mitteldeutschland bemüht bleiben muß, seine Erzeugnisse für westdeutsche Käufer — vor allem von der Qualität, dem Sortiment und dem Wartungsdienst her — marktfähiger zu machen, und daß eine allgemein großzügigere Abnahmebereitschaft in der Bundesrepublik für mitteldeutsche Waren geschaffen wird.

Die Förderung und Inangriffnahme dieser Aufgabe ist besonders wichtig im Hinblick auf die rückläufigen Erträge aus dem Verkauf der Bergbau- und Mineralölzeugnisse. Die Bezüge mitteldeutscher Bergbauerzeugnisse, die bis 1964 noch 25 % der Gesamteinfuhren der Bundesrepublik im IZH stellten, sind in den darauf folgenden Jahren um jeweils rd. 40 Mill.

VE zurückgegangen. Die ganz überwiegend zum Hausbrand bestimmten Braunkohlenbrikettbezüge, die jährlich zu einem Viertel bis zu einem Drittel nach Westberlin gehen, sind für die DDR recht bedeutungsvoll<sup>8)</sup>, da die Bundesrepublik 1965 immerhin noch 55 % aller mitteldeutschen Brikettexporte aufnahm. Allerdings ist auch hier die Bedeutung des westdeutschen Marktes gesunken, da diese Quote früher viel höher lag.

Mit der Reduzierung und schließlich dem Fortfall der Mineralölbezüge aus Mitteldeutschland wurde eine der stetigsten und zugleich größten Warengruppen getroffen, die bis zum Jahre 1963 noch über 20 % der Gesamtbezüge stellte. Hierzu kam es, als ab 1. Januar 1964 eine Mineralölsteuererhöhung den Ausgleich für nunmehr zollfreie Einfuhren gemäß einer EWG-Regelung schaffen sollte. Gleichzeitig kam es bei Benzin zu einer Senkung und bei Diesel zu einem Fortfall der gewährten Hydrierpräferenzen. Für die DDR bedeuteten die Veränderungen in voller Höhe Erlöschmälerungen. Obwohl die Einnahminderung durch einmalige Ausgleichszahlungen (1964) der Bundesregierung in Höhe von 75 Mill. DM noch teilweise aufgefangen wurde, sanken die Einnahmen der DDR aus den Benzin- und Dieselverkäufen seitdem beträchtlich. In den letzten beiden Jahren standen nicht einmal mehr für 70 Mill. VE Mineralölerzeugnisse in der Bilanz, während es 1963 noch knapp 220 Mill. VE gewesen sind. Lange und zähe Verhandlungen über weitere Ausgleichszahlungen, die zudem noch mit sachfremden Dingen belastet waren, führten zu keiner Einigung, so daß die Ostseite ihre Benzin- und Diesellieferungen in die Bundesrepublik zum 1. Januar 1967 einstellte. Die im IZH bezogenen Mengen der Mineralölprodukte betragen 1965 bei Benzin 306 000 t und bei Diesel 469 000 t, von denen bei Fahrbenzin knapp ein Drittel und bei Dieselmotorkraftstoff knapp die Hälfte nach Westberlin verkauft wurde. Hiermit hat sich der Anteil Berlins bei den Interzonenhandelsbezügen allerdings gegenüber den Vorjahren wesentlich erhöht. Gemessen an den mitteldeutschen Ausfuhren hatte der westdeutsche Markt beachtliches Gewicht: 65 % der Benzinausfuhren und 70 % der Dieselexporte beanspruchte 1965 der IZH.

Mit der Mineralölfrage hat sich der Druck auf das Konto I wesentlich verstärkt, und die seit längerem von verschiedenen Seiten geforderte Zusammenlegung der Warenkonten ist dringlicher denn je. Die für 1967 vereinbarten monatlichen Kontenübertragungen von insgesamt 120 Mill. VE gehen nicht über die Umbuchungen des Vorjahres hinaus. Sie erweisen sich damit jetzt bereits als zu gering, da weitere Rückgänge von Brikettbezügen zu erwarten sind und die 70 Mill. VE Gegenwert mitteldeutschen Benzins und Diesels fehlen werden. Erneute Belastungen des Kontos I sind bei der gegenwärtigen Kontenmechanik unvermeidlich, es sei denn, die DDR legt sich ihrerseits Beschränkungen bei dem Kauf von Eisen-

und Stahl- sowie Maschinenbauerzeugnissen auf. Gerade unter diesem Blickwinkel sollte auf der westlichen Seite im Interesse des IZH eventuell noch einmal die Mineralölfrage überprüft werden, insbesondere auch gerade im Hinblick auf die Umgehung der Protokollfrage, für die es das Beispiel der Erhöhung der Abkommenswerte für Maschinen für die Jahre 1966 und 1967 gibt.

#### ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Mit Sicherheit wird der innerdeutsche Warenverkehr auch in Zukunft den gleichen Einflüssen unterliegen wie bisher, d. h. er wird in erster Linie politisch zu sehen sein. Seine wirtschaftliche Bedeutung schlägt vor allem für die DDR zu Buche, für die die Bundesrepublik heute noch der zweitstärkste Handelspartner ist und mit der sie einen annähernd gleich großen Handelsaustausch treibt wie mit den westlichen Industrieländern zusammen. Die weitere Entwicklung des IZH wird vor allem von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR, als des schwächeren Partners, abhängen. Gegenwärtig dort zu beobachtende Bemühungen, den Außenhandel stärker als bisher zu fördern und damit als Wachstumsfaktor zu mobilisieren, sowie die allgemein im Neuen Ökonomischen System angestrebte wirtschaftliche Leistungssteigerung können der DDR als Handelspartner stärkeres Gewicht verleihen. Inwieweit der IZH hieran partizipiert, hängt nicht zuletzt von der Warenstruktur des innerdeutschen Güteraustausches ab. Sie entspricht zur Zeit keineswegs dem Entwicklungsstand beider Volkswirtschaften und dem Warensortiment des sonstigen Außenhandels beider Gebiete. Hieraus müssen sich Hemmnisse für eine künftige Expansion ergeben, wenn es nicht gelingt, die Güterzusammensetzung dem Trend des modernen Welthandels anzupassen, der in Richtung auf eine überproportionale Ausdehnung von industriellen Fertigerzeugnissen tendiert. Zur Verbesserung der Warenstruktur gilt es, auf der Lieferseite des Westens vor allem das Industrie-Anlagengeschäft zu fördern. Erleichterungen in dieser Richtung sind von der Bundesregierung in letzter Zeit mit der erweiterten Kreditsicherung und der Kreditgewährung geschaffen worden. Die Beseitigung der Unsicherheiten, die sich aus der Existenz der Widerrufsklausel ergeben, könnte ein weiterer Schritt sein, da es gilt, die im Anlagengeschäft notwendigen langfristigen Dispositionsmöglichkeiten zu schaffen. Sie gelten für diese Art von Geschäften nicht nur ganz allgemein, sondern entsprechen darüber hinaus insbesondere dem langfristigen Planungsbedürfnis der Ostseite. Auf seiten der westdeutschen Bezüge hindern zur Zeit noch gewisse Mängel des Angebots und ungerechtfertigte administrative Hemmnisse in der Bundesrepublik den Absatz mitteldeutscher Verbrauchsgüter. Da bei diesen Erzeugnissen noch gewisse Reserven und damit auch sinnvolle Möglichkeiten eines verstärkten Handels in der Zukunft vorhanden sind, gilt es, vor allem hier den Ansatzpunkt zu suchen, um

<sup>8)</sup> 1966 betragen die Brikettbezüge 2,77 Mill. t; 1963 waren es noch 4,66 Mill. t.

einen dauerhaften Ausgleich der „Warenbilanz“ zwischen beiden Wirtschaftsgebieten — auch bei einem sich noch ausdehnenden innerdeutschen Warenverkehr — zu erzielen.

Unabhängig von diesem langfristigen Aspekt gilt es, die zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten im IZH, die vor allem in der Unausgeglichenheit von Lieferungen und Bezügen sowie einer ungleichgewichtigen Kontenentwicklung zu sehen sind, durch augenblickliches Handeln zu beseitigen, damit die seit 1963 anhaltende Phase einer schnellen und stetigen Ausdehnung des IZH 1967 keine Unterbrechung erfährt, sondern auch in Zukunft beibehalten werden kann. Dies ist notwendig, wenn ein Mitwachsen des IZH mit dem Außenhandel und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung erreicht werden soll. Eine Neuregelung der Konten ist unumgänglich, ein Fortfall der Einteilung in harte und weiche Waren scheint dringend geboten. Eine Angleichung des Swings

(Überschreitungshöchstbetrages) an das Umsatzvolumen scheint wünschenswert und ist zusammen mit der Etablierung der Kreditlinie der „Interzonenhandelsbank“ ein Mittel, um eine Stagnation oder gar einen Rückgang der westdeutschen Lieferungen zu verhindern und andererseits jene Zeit zu gewinnen, die Voraussetzungen für verstärkte mitteldeutsche Bezüge, vor allem von industriellen Gebrauchsgütern, schafft. Eine verstärkte Abnahmebereitschaft des westdeutschen Marktes ist hierfür eine unablässige Voraussetzung. Unter dem Gesichtspunkt, daß der IZH nicht nur an wirtschaftlichen Maßstäben zu messen ist, sollte es möglich sein, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, um zumindest ein Zurückbleiben des innerdeutschen Warenverkehrs hinter der Entwicklung des Außenhandels und der allgemeinen Wirtschaftskraft in beiden Teilen Deutschlands zu vermeiden. Ein darüber hinausgehendes Ziel fordert ungemaine Kraftanstrengungen, viel Phantasie und vor allem guten Willen auf beiden Seiten.

**VERLAG WELTARCHIV GMBH · HAMBURG**

NEUERSCHEINUNG

**Hans Segelken**

## **KAPITÄNSRECHT**

Die seit langem fällige Gesamtorientierung über die zahllosen, immer üppiger wuchernden Rechtsgebiete, die ein Schiffsführer wissen muß, liegt jetzt vor! Der Autor dieser Veröffentlichung, Spezialist für Seerecht, behandelt u. a. Fragen der Tarifschiedsgerichtsbarkeit, des profilierten Vorgesetztenverhältnisses des Kapitäns zur Besatzung und die Probleme, die sich aus den häufigen Konfliktsituationen ergeben, in die ein Schiffsführer geraten kann. Darüber hinaus werden die eminent wichtigen Haftungsfragen umfassend analysiert, wobei das durch den „Torrey Canyon“-Fall hochaktuelle Ölpestproblem schon Berücksichtigung fand. Das Buch wird allen an der Schifffahrt Interessierten eine unentbehrliche Hilfe sein.

548 Seiten, 1967, Großoktav, Gl. DM 54,50.